

Kreisschulpflegschaft Gütersloh e.V., Feldbusch 19, 33442 Herzebrock-Clarholz
BezirksschülerInnenvertretung Kreis Gütersloh, Jakobusstraße 4, 33335 Gütersloh
Stadtschulpflegschaft Gütersloh, Rhedaer Straße 73, 33334 Gütersloh

CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Herr Raphael Tigges
Herr Frank Rock

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Kreisschulpflegschaft Gütersloh

E-Mail: info@ksgt.de
Internet: www.ksgt.de
Facebook: @ksgt
Telefon: 0177 - 6942093
VR 1410 Amtsgericht Gütersloh

BezirksschülerInnenvertretung Kreis Gütersloh

E-Mail: vostand@bsv-gt.de
Internet: www.bsv-gt.de
Facebook: @BSVKGT
Telefon: 0174 - 9259662

Stadtschulpflegschaft Gütersloh

E-Mail: ssp-gt@gmx.de
Internet: www.ssp-gt.chayns.net
Facebook: @StadtschulpflegschaftGuetersloh
Telefon: 0173 - 9955162

28.05.2018 / edma, noka, chbe, olwi

gemeinsames Schreiben von Kreisschulpflegschaft Gütersloh, BezirksschülerInnenvertretung Kreis Gütersloh und Stadtschulpflegschaft Gütersloh

Sehr geehrter Herr Tigges,

im Vorfeld zu unserem Treffen am 29.05.2018 haben wir uns Gedanken zu den Themen gemacht, welche die Schülerinnen/Schüler und Eltern bewegen. Nachfolgend möchten wir Ihnen diese mitteilen:

Themenblock der BezirksschülerInnenvertretung Kreis Gütersloh

Digitalisierung

Die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft ist ein Prozess, welcher sich nicht auf das Leben vor und nach der Schule beschränken darf, sondern auch in der Schule zunehmend stärker berücksichtigt werden muss. Wir wünschen uns, dass endlich mehr Geld für die flächendeckende Anschaffung von zeitgemäßen (mobilen) Endgeräten zur Verfügung gestellt wird und auch die entsprechend benötigte Software mit denen für den Schulalltag benötigten Programmen zur Verfügung gestellt wird, denn ohne einwandfrei funktionierende Softwareprogramme nützen uns auch die besten Endgeräte nur sehr wenig. Wir wünschen uns, dass alltagstaugliche Hard- und Software allen Schulformen gleichermaßen zur Verfügung gestellt wird.

Außerdem wünschen wir uns, dass von der Landesregierung mit Berücksichtigung der Wünsche von SchülerInnen und LehrerInnen entsprechende Konzepte erarbeitet und überarbeitet werden, wie man Lernen und Digitalisierung noch besser verbinden kann, um zur Verfügung stehende Hard- und Software bestmöglich verwenden zu können. Des Weiteren wäre es unserer Meinung nach sinnvoll, noch mehr Fortbildungsmöglichkeiten für LehrerInnen anzubieten, da dem Einsatz von digitalen Medien häufig noch unzureichende Kenntnisse der LehrerInnen im Weg stehen. Gerade LehrerInnen sollten jedoch mit der Ihnen zur Verfügung stehenden Hard- und Software bestens vertraut sein, damit der Unterricht bestmöglich mit den zur Verfügung stehenden Geräten und Programmen geplant werden kann.

Themenblock der Kreisschulpflegschaft Gütersloh e.V.

Wir ziehen nach 10 Jahren Wirkungsspektrum positive Bilanz, und schauen auf erfolgreich geleistete Arbeit. Im Kontext der Wiedereinführung von G9, für ein vertieftes Lernen und eine bessere Studierfähigkeit sowie stressfreiere, familienfreundlichere Bedingungen an den 650 Gymnasien in NRW haben wir uns eingesetzt. Vor dem Hintergrund der knappen Zeit möchten wir verantwortungsvoll bei den Plänen für die Ausgestaltung von G9 mitwirken.

G9, Landes- und Schulkonferenzbeschluss und Schulträgerentscheidung

Die vorgesehene Miteinbeziehung einer 2/3 Mehrheit plus einer Stimme innerhalb der Schulkonferenz bezogen auf einen Verbleib des Gymnasiums im G8 oder auf einer Wiedereinführung von G9 am Gymnasiums zum Schuljahr 2019/20 mit Frist bis zum 31.01.2019, stimmen viele Eltern im Kreis Gütersloh zu.

Gute Rahmenbedingungen/Gelingensstrukturen für die Umsetzung des neuen G9 sind entscheidend

Lehrer sind zum Lehren da. Lehrerkapazitäten dürfen nicht missbraucht werden für die Neuausrichtung der kommenden Kernlehrpläne und unterrichtsfremde Tätigkeiten. Der Unterrichtsaufwand ist nach wie viel zu hoch. Wir finden es äußerst wichtig für den Lernstoff und die Fachlichkeit mehr Zeit zum Vertiefen und Verinnerlichung einzuplanen, wobei eine Ausweitung der Stundentafel nicht entstehen darf. Die räumliche Erweiterung muss jetzt schon mit eingeplant werden. Wir erwarten eine deutliche finanzielle Besserstellung der Schulträger und Schulen durch ausreichende Landesmittel.

Folgende Unterrichtsfächer sollen eine besondere Berücksichtigung erhalten

Priorität hat für uns der Bildungsauftrag von Gymnasien zur vertieften Allgemeinbildung und das Erreichen der Studierfähigkeit. Daher ist die Zusammenarbeit mit den Universitäten dringend erforderlich.

Wirtschaftslehre, Digitalisierung und die Bedeutung des Geschichtsunterrichts

Das Fach Wirtschaft sehen wir nicht als oberste Priorität.

Im Zuge der Digitalisierung wird der Bereich Medienkompetenz schon in der Grundschule entwickelt (Medienpass NRW), daher muss auch die Fortführung in den weiterführenden Schulen gewährleistet sein.

Bei immer mehr Menschen sinkt das Vertrauen in die Politik. NRW ist mit dem aktuellen Geschichtsstundenkontingent Schlusslicht der historisch-politischen Bildung in der Bundesrepublik. Der Geschichtsunterricht benötigt einen viel höheren Stellenwert und spielt bei der Erziehung zu mündigen Demokraten und der veränderten Wertevorstellung eine zentrale Rolle, die bei den gegenwärtigen schulischen Rahmenbedingungen allerdings kaum gewährleistet ist.

Kernplanentwicklung und Einführung der zweiten Fremdsprache

Die Kernplanentwicklung der Sek I sollen Wissen und Können vereinigen, klar definiert und fachtypisch sein. Der wissenschaftliche Aspekt soll sich erkennbar in der Sek I anbahnen. Zur Stundentafel, die nicht weniger umfangreich ausfallen soll als das alte G9 mit 179 JWS in der Sek I warnen wir jedoch auch vor erneuter Überfrachtung und fordern, diese den veränderten Lebenswelten anzupassen. Die 180 Jahreswochenstunden und die verbleibenden 8 Stunden sollen als Handlungsspielraum und Schwerpunkte für die Schule z.B. für MINT, Sprache oder individueller Förderangebote bieten.

Der Beginn der 2. Fremdsprache in Klasse 7 ist auch daher dringend nötig, er trägt nicht nur zur stressreduzierten Einführung an den Gymnasien bei, sondern schließt gleichzeitig eine bessere Integration ein und fördert die gelingende Mehrsprachigkeit.

Nach der Einführung der sechsjährigen Sekundarstufe I schließt sich beim neuen G9 die Oberstufe mit einer Qualifikationsphase von insgesamt 2-3 Jahren an, die durch begleitetes Springen auf zwei Jahre verkürzt werden kann!

Ganztag / Offener Ganztag / Halbtagsgymnasien

Wir fordern den Offenen Ganztag und eine Mitbestimmung beim Ganztagskonzept. Wichtig ist eine finanzielle Gleichstellung aller Ganztagsangebote.

Durchlässigkeit der Schulsysteme, Übergänge und Auslandsaufenthalte

In der Sekundarstufe I soll die Durchlässigkeit zwischen den Schulen gewahrt und die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Schulen gefördert werden. Gewünscht wird auch mehr Zeit beim Übergang von der Grundschule zum Gymnasium, um den Lernstand zu homogenisieren. Über die wieder verbesserten Möglichkeiten für Auslandsaufenthalte freuen sich viele.

Stärkung der Gesamtschulen

Nach der Rückkehr der Gymnasien zu G9 steht Gesamtschulen und Gymnasien die gleiche Zeit zur Vorbereitung auf das Abitur zur Verfügung. Zugleich tragen Gesamtschulen die Hauptlast der Inklusion.

Damit die Gesamtschulen dieser großen Herausforderung gerecht werden und ihre besonders heterogene Schülerschaft angemessen unterrichten und betreuen können, müssen hierfür die personellen, räumlichen und sächlichen Voraussetzungen geschaffen werden (z.B. besserer Lehrer-/Schülerschlüssel, ausreichende pädagogische und sonderpädagogische Betreuung, genug Differenzierungsräume, ...).

Die Kreisschulpflegschaft hat sich intensiv mit dem Thema „Kinder mit besonderen Bedarfen und Behinderungen und oder psychischen Problemen“ beschäftigt.

Wir setzen uns mit dem Thema Inklusion, der zieldifferenten und/oder zielgleichen Beschulung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen kritisch auseinander, und haben 2017 eine Selbsthilfegruppe für diese Familien ins Leben gerufen. Das Verständnis und die Akzeptanz von Menschen mit den o.g. Einschränkungen ist in der Gesellschaft nicht ausreichend etabliert. Empirische Daten belegen, dass Kinder mit Behinderungen oft aus einem Förderschulsystem nicht mehr herauskommen und in Regelschulen untergehen. Einige Eltern sehen ihre Kinder aktuell besser an einer Förderschule beschult. Förderschulabgänger haben jedoch oft kaum eine Perspektive, ihren Lebensunterhalt selbst zu finanzieren. Für diese Menschen führt der Weg oft in die Grundsicherung und eine dauerhafte finanzielle Abhängigkeit vom Staat.

Qualität braucht gute Rahmenbedingungen und das gilt ganz besonders für die schulische Inklusion und Qualität der Lehrenden.

Die Gruppe „Eltern von Kindern mit Förderbedarf oder psychischen Problemen“ fordert deutlich mehr fachlich gut ausgebildete Sonderpädagogen, eine angepasste Lehrer-Grundausbildung und den Bedarfen der Schülerschaft entsprechende Weiterqualifizierungsmaßnahmen für alle Lehrer an inklusiven Schulen, die durch Stärkung der Führungsverantwortung an Schulen schneller erreicht werden können.

Um dem akuten Lehrermangel zu begegnen, benötigen wir wesentlich mehr kompetente Integrationshelferstellen, die auch durch Eltern und entsprechenden kommunalen Maßnahmen und Weiterbildungsangeboten besetzt werden können. Wir fordern allgemeingültige und rechtliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von qualifizierten Schulbegleitern und multiprofessionelle Teams an Schulen. Dazu gehören auch Psychologen und Therapeuten. Schulsozialarbeit leistet eine heute nicht mehr wegzudenkende, wichtige Arbeit an, in und mit Schule. Der aktuelle Handlungsspielraum von Schulsozialarbeit verwirrt jedoch oftmals. Wir fordern Schulsozialarbeit an jeder Schule und eine Stellenbeschreibung für Schulsozialarbeit.

Die Rolle des Beratungslehrers muss deutlich gestärkt werden, da emotionale und soziale Probleme bei Schülern deutlich zunehmen. Sie sind Anlaufstelle für Probleme, begleiten, beraten und geben psychosoziale Hilfen. Wenn Probleme früh- und rechtzeitig erkannt werden, kann früh eine Lösung gefunden werden.

Weil Kinder vielfältig sind, benötigen gerade Schüler mit Förderbedarf Anerkennung und Bewältigungsstrategien, die sie befähigen, schwierige Situationen zu meistern. Der Ausbau einer guten Selbst- und Sozialkompetenz hilft dem Schüler die Einschränkung aufgrund seiner Behinderung zu bewältigen und anderen Kindern, Herausforderungen im Leben zu bestehen. Wo Eltern überfordert sind oder nicht zur Verfügung stehen, können der Klassenlehrer und der Beratungslehrer unterstützen.

Es fehlen Informationen und Menschen, die zielführend schulische Inklusion umsetzen wollen und können. Der Eltern-Gesprächskreis regt im Rahmen von Inklusion an Schulen einen Maßnahmenplan mit konkreten Anweisungen, wer macht was, wie und wo und wann, an. Für die aussichtsreichsten Lösungen sollten dann Konzepte entwickelt werden.

Wir fordern eine Doppelbesetzung in Inklusionsklassen und eine Klassenstärke von maximal 15 Schülern. Die Kreisschulpflegschaft zeigt anhand von Best-Practice Beispielen funktionierende Erfolgsmodelle und hat sich an der Grundschule Nordhorn in Gütersloh von realisierten Lösungsansätzen und Gestaltungsangeboten überzeugt.

Die Integration mit Gleichaltrigen und adäquaten Betreuungsangeboten außerhalb von Schule helfen die soziale Isolation behinderter junger Menschen vorzubeugen.

OGS-Kräfte sollten am Vormittagsunterricht teilnehmen, um Kinder mit besonderem Förderbedarf besser einschätzen und unterstützen zu können.

Qualitätsmerkmale einer Schule können sich durch eine gelebte Kooperation mit psychosozialen Versorgungsangeboten zusammen mit Eltern verbessern. Die Zunahme psychosozialer Probleme an Schulen erfordert die Entwicklung neuer Konzepte. Die Kreisschulpflegschaft hat beispielsweise einen Handlungsleitfaden für Eltern „Mobbing an Schulen“ in Kooperation der Bildungs- und Schulberatung entwickelt, der jedoch bei vielen betroffenen Eltern nicht bekannt ist.

In einem gesonderten Anhang möchten wir auf die Konsequenzen einer unzureichenden Schulbildung für Kinder mit besonderem Förderbedarf und die Benachteiligung im Arbeitsleben aufmerksam machen. Alle Informationen erhalten Sie auf www.ksgt.de.

Die finanzielle Situation der Menschen mit Behinderung, die unter das Teilhabegesetz fallen, muss sich verbessern. Bedingt durch das zu niedrige Einkommen, sind viele Menschen mit Behinderungen auf die Finanzspritze der Grundsicherung angewiesen.

Wenn Lehrer- und Elternkompetenzen gefördert werden, haben unsere Kinder mit und ohne Förderbedarf bessere Zukunftsaussichten und Lebensperspektiven. Betroffene Eltern im Kreis Gütersloh ergreifen Initiative, führen politische Debatten und wollen bessere Bildungschancen für alle Kinder erwirken.

Themenblock der Stadtschulpflegschaft Gütersloh:

Schulsozialarbeit (Notwendigkeit des Ausbaus und Finanzierung durch das Land NRW)

In den Kommunen in NRW ist die Schulsozialarbeit als wichtige Stütze erkannt und in vielen Schulen installiert worden. Speziell in Gütersloh wurden im Bildungsausschuss Ende 2016 die ersten Ergebnisse hinsichtlich der Notwendigkeit zur Ausweitung der Schulsozialarbeit vorgelegt. Daraufhin wurden an weiteren Schulen Stellen für Schulsozialarbeit geschaffen. Die Schulleitungen der Schulen, an denen die Schulsozialarbeit bereits etabliert ist, sprechen von wichtiger Arbeit die geleistet wird. Hinsichtlich der Ausstattung der Schulsozialarbeit vor Ort, des Umfangs bezogen auf die Stellenbewilligung, und der Etablierung an allen Schulen/Schulformen liegt noch ein gewisser Weg vor den Beteiligten (derzeit sind nun 9 von 17 Grundschulen mit Schulsozialarbeit ausgestattet). Da die Schulsozialarbeit als Landesaufgabe angesehen wird, sind wir Gütersloher Eltern der Auffassung, dass hier seitens des Landes noch mehr getan werden kann. Es muss die Finanzierung langfristig sichergestellt sein, so dass die Kommunen Planungssicherheit haben, und nicht vor einem weiteren Ausbau zurückschrecken, da die Anschlussfinanzierung durch das Land nicht gegeben ist.

Dieses zurückschrecken hat sich in der Bildungsausschusssitzung am 26.04.2018 in Gütersloh deutlich gezeigt. In besagter Sitzung stand ein Antrag zur Ausstattung aller Schulen mit Schulsozialarbeit zur Debatte; hier hat die Verwaltung ausdrücklich auf die finanzielle Tragweite hingewiesen, und empfohlen den Antrag abzulehnen; dieser Empfehlung ist die Politik (mit Ausnahme der Stimmen der BfGT und der SPD) leider gefolgt.

Schuleintritt (Stichtag und Zurückstellungen)

Viele Diskussionen mit Eltern, bezogen auf eine zu frühe Einschulung von Kindern, haben uns dazu bewogen, auch diesen Punkt mit in dieses Schreiben mit aufzunehmen.

Die Sinnhaftigkeit eines Stichtages zur Einschulung (30. September), welcher nach dem Schuljahresstart liegt, erschließt sich in vielen Fällen nicht, und führt zum Unmut bei den betroffenen Eltern, deren Kinder bereits mit 5 Jahren eingeschult werden. Eine 10-jährige Schullaufbahn vorausgesetzt, werden folglich bereits Kindern mit nur 15 Jahren in die Arbeitswelt entlassen. Aus o.g. Gründen plädieren wir für eine Rückkehr zum Stichtag 30. Juni. Durch die Rückkehr zu G9 ist einer Universitätslaufbahn von unter 18-jährigen wirksam entgegengetreten worden; die Maßnahme zeigt allerdings frühestens in 2027 Wirkung. Eine ähnliche Verpflichtung zur Rückkehr vom eingeschlagenen Weg sehen wir im Bereich der Einschulung von Grundschulkindern.

Mit freundlichen Grüßen,



Edith Mathmann

Vorsitzende der Kreisschulpflegschaft Gütersloh



Noah Kahmen

Vorsitzender der BezirksschülerInnenvertretung



Christian Beckmann

Vorsitzender der Stadtschulpflegschaft Gütersloh



Dr. Ole Wintermann

Vorsitzender Schulpflegschaft Städt. Gymnasium